

Stellungnahme zum Antrag

Vorlage Nr.: 2024/0173

Verantwortlich: **Dez. 1**
Dienststelle:
Verkehrsbetriebe Karlsruhe

Wir fahren zusammen - Unterstützung der Forderungen von ver.di zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten von VBK und KVV sowie der Petition "Mobilität für alle und gute Arbeit für die Beschäftigten im ÖPNV"
Antrag: DIE LINKE.

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	19.03.2024	17	Ö	Entscheidung

Kurzfassung:

Ziffer 1: Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Ziffer 2: Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Ziffer 3: Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Ziffer 4: Die Verwaltung betrachtet den Antrag als erledigt.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

CO₂-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Erläuterungen aus Arbeitgebersicht

Um gemeinsam die erforderliche Verkehrswende voranzutreiben und damit unseren Beitrag für den Klimaschutz zu leisten, bedarf es schon heute einer weitaus stärkeren Finanzierung des ÖPNV durch Bund und Land.

Die Finanzierung des in der aktuellen Tarifrunde von ver.di vorgelegten Forderungskataloges stellt den Konzern Stadt Karlsruhe daher vor noch größere Herausforderungen. Eine Umsetzung der Forderungen würden bis zu 30 Millionen Euro Mehrkosten pro Jahr für die VBK verursachen, die aktuell die Stadt Karlsruhe zu tragen hätte.

Folgende Forderungen wurden von ver.di gestellt:

1. Zuschlag in Höhe von 450 Euro pro Monat für alle Beschäftigten in den Nahverkehrsunternehmen in Baden-Württemberg
2. Eine Erhöhung der Zeitzuschläge
3. Fast 14 anstatt aktuell 13,2 Monatsgehälter
 - Urlaubsgeld bis EG 8 auf 3.000 € jährlich (bisher 450 Euro)
 - Urlaubsgeld ab EG 9 auf 2.400 € jährlich (bisher 350 Euro)
4. Eine schrittweise Reduzierung der Wochenarbeitszeit von aktuell 39 auf 35 Stunden
5. Ver.di-Mitglieder erhalten 5 zusätzliche Urlaubstage
6. Zulage entsprechend der individuellen Erfahrungs-Stufe (aktuell nach Stufe 1)
7. Wechselschicht und Schichtzulage auch für den Fahrdienst
8. Ausweitung des Geltungsbereichs auf geringfügig Beschäftigte
9. Maximale Schichtzeit (11 Stunden)
10. 8 Tage Freistellung für Gewerkschaftsarbeit statt bisher 6 Tage.

Die Tarifverhandlungen zur Entgelttabelle haben im vergangenen Jahr stattgefunden und es erfolgen zum 1. März 2024 planmäßige Erhöhungen um durchschnittlich 12%. Das Gesamtpaket der aktuellen Tarifforderungen würde, umgerechnet auf Gehaltsanteile, einer weiteren 30%igen Steigerung in der Besoldung entsprechen.

Erläuterungen zu finanziellen Auswirkungen

Für Karlsruhe würde das nur für die direkt berechenbaren Forderungen heißen:

	Personalkosten	Mehrkosten Vergleich zum Wirtschaftsplan 2024	in Prozent
Ergebnisvorschau 2024	119.971.761,30 €	18.521.478,31 €	18,26%
Mittelfristplanung 2025	122.572.550,02 €	21.122.267,03 €	20,82%
Mittelfristplanung 2026	125.332.002,82 €	23.881.719,83 €	23,54%
Mittelfristplanung 2027	128.261.827,19 €	26.811.544,20 €	26,43%
Mittelfristplanung 2028	131.375.181,18 €	29.924.898,19 €	29,50%

In dieser Tabelle fehlen die zu erwarteten Tarifsteigerungen durch die Tarifverhandlungen im TVöD. Diese werden auf Bundesebene verhandelt und sind von uns ab 2025 zu übernehmen. Ebenfalls sind auch die nicht direkt berechenbaren Kosten, beispielsweise die Anpassungen der Entgeltordnung

(Forderung 3) unberücksichtigt. Diese Ergebnisse führen zu noch höheren, in der Tabelle noch nicht bezifferten Personalkostensteigerungen.

Erläuterungen zu den Anträgen:

1. Der Gemeinderat unterstützt das Anliegen der Beschäftigten der Verkehrsbetriebe Karlsruhe (VBK) nach besseren Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen, den sie durch die aktuellen Streiks zum Ausdruck bringen. Eine Schichtzulage für Fahrer*innen, eine gerechte Bezahlung der Überstunden sowie die Anhebung der Urlaubsentgelte dienen auch dem Ziel einer verstärkten Fachkräftegewinnung.

2. Der Gemeinderat fordert den Aufsichtsrat der VBK auf, dieses Anliegen bei den VBK umzusetzen.

Ziffer 1 + 2: Die Verwaltung empfiehlt, die Anträge unter Ziffer 1 und 2 abzulehnen, da es einer über Jahrzehnte gewachsenen Neutralitätskultur entspricht, dass sich einzelne Arbeitgeber*innen und ihre Gremien nicht öffentlich in die laufenden, von beiden Seiten hochprofessionell geführten Tarifverhandlungen der in Vertretung der jeweiligen Mitglieder beauftragten Verhandlungsführer*innen einbringen. So sind auch die Verkehrsbetriebe Karlsruhe keine Verhandlungspartner von ver.di in diesem Tarifkonflikt, sondern der KAV (Kommunale Arbeitgeberverband) verhandelt den Manteltarifvertrag TV-N Baden-Württemberg für sechs Verkehrsunternehmen (Stuttgart, Esslingen, Karlsruhe, Baden-Baden, Freiburg und Konstanz).

3. Der Gemeinderat unterstützt die Petition des Bündnisses „Wir fahren zusammen“: Vorfahrt ÖPNV! – Mobilität für alle und gute Arbeit für die Beschäftigten im ÖPNV.

Aus den Erfahrungen der letzten Abschlüsse heraus und angesichts des aktuellen Erkenntnisstandes der Verhandlungsverläufe sieht die Verwaltung keine Not, einseitig zugunsten einer Tarifpartei öffentlich Position zu beziehen. So beträgt die durchschnittliche Gehaltssteigerung ab dem 01.03.2024 12% als Ergebnis der letztjährigen Tarifrunde. Zudem bieten die VBK sehr gute Arbeitsbedingungen, die stetig fortentwickelt werden. Derzeit liegen 300 Bewerbungen für den Fahrbetrieb vor.

Dass der ÖPNV in Deutschland und in seiner herausgehobenen Qualität gerade auch in Karlsruhe auf zukünftig auf eine bessere Finanzierung durch den Bund und durch das Land angewiesen ist, steht außer Frage und wird von der Stadt Karlsruhe seit Jahren bei jeder Gelegenheit eingefordert. Die von der Gewerkschaft öffentlich insinuierte Gleichstellung der Zustimmung zu den Zielen der Petition mit den Zielen der Arbeitnehmer*innenseite im Tarifkonflikt gefährdet die oben beschriebene neutrale Begleitung der Tarifverhandlungen. Die Verwaltung empfiehlt daher Ablehnung zu Ziffer 3

4. Da der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) gemäß der Pariser Klimaschutzziele zukunftsfähig gestaltet und ausgebaut werden muss, setzt sich die Stadt Karlsruhe bei Bund und Land dafür ein, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um eine Erhöhung der Personenkilometer im Nahverkehr zu erreichen.

Dies erfolgt bereits (u.a. über Städtetag, VDV etc.) und der Antrag unter Ziffer 4 darf als erledigt betrachtet werden.